

Kritik an geplanter Erhöhung der Grunderwerbsteuer in NRW

17. Februar 2011

Der Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen (VdW) kritisiert die Pläne in der rot-grünen Landesregierung, die Grunderwerbsteuer von 3,5 Prozent auf fünf Prozent zu erhöhen. Mit der Steigerung würde Nordrhein-Westfalen zu den Ländern mit der höchsten Grunderwerbsteuer in Deutschland zählen. In einem Zeitungsinterview hat Grünen-Fraktionsvorsitzender Reiner Priggen eine solche Erhöhung gefordert. VdW-Verbandsdirektor Alexander Rychter hält eine solche Forderung exemplarisch für eine Politik der öffentlichen Hand, die Immobilienbesitzer und –nutzer zunehmend finanziell belastet.

„Ob aufgrund energetischer Anforderungen, der kontinuierlichen Anhebung des Grundsteuerhebesatzes durch die Kommunen oder nun die Grunderwerbsteuer – die Kosten für die Immobilienbranche steigen in den vergangenen Jahren zum großen Teil politikgemacht“, sagt Alexander Rychter. Dies stehe im absoluten Gegensatz zu den Forderungen der Politik an die Wohnungs- und Immobilienwirtschaft. „Die Wohnungs- und Immobilienunternehmen sollen sanieren, modernisieren, investieren. Geld kann man aber immer nur einmal ausgeben – geht es mit der Grunderwerbsteuer an den Staat, schmälert das die Investitionen.“

Seitdem die Hoheit über die Grunderwerbsteuer 2006 mit der Föderalismusreform auf die Länder übergegangen ist, drehen die Landesparlamente an dieser Steuerschraube, um ihre Einnahmen zu verbessern. Berlin, Hamburg, Sachsen-Anhalt, Bremen, Niedersachsen und das Saarland haben die Grunderwerbsteuer auf 4,5 Prozent, Brandenburg auf fünf Prozent erhöht. Nun soll NRW folgen.

Dem VdW Rheinland Westfalen gehören 446 Mitgliedsunternehmen der

Presse-Information

kommunalen/öffentlichen, genossenschaftlichen, kirchlichen sowie
industrieverbundenen/privaten Wohnungs- und Immobilienwirtschaft an, die mehr als
eine Millionen Wohnungen allein in Nordrhein-Westfalen bewirtschaften. Etwa ein
Viertel der nordrhein-westfälischen zur Miete wohnenden Bevölkerung lebt in diesen
Wohnungsbeständen.